

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B. XXIV/152

Bonn, den 13. August 1969

Nur veröffentlicht in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> |  | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1            | <u>"Noch dringender geworden"</u><br>Gefahren für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft  | 43            |
| 2 - 3        | <u>Frankreich vor neuen politischen und sozialen Kraftproben</u><br>Politische, psychologische und soziale Folgen der Francabwertung<br>Von Georg Scheuer, Paris | 98            |
| 4 - 5        | <u>Namen und Schicksale</u><br>Was wurde aus den Reformpolitikern in der Tschechoslowakei?   | 92            |
| 6            | <u>"Stein für Stein" - Die Geschichte einer Gewerkschaft</u><br>Zu einem Buch von Karl Anders  | 41            |

"Noch dringender geworden"

Gefahren für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

sp - Der letzte Satz des am Dienstag abend vom SPD-Präsidium veröffentlichten Beschlusses zur Währungssituation und zu den Problemen des europäischen Agrarmarktes lautet:

- \* "Die für dieses Jahr vorgesehene Gipfelkonferenz der EWG-Staaten
- \* ist nach den Ereignissen der letzten Tage noch dringender geworden."

Mit diesem Hinweis dokumentiert die SPD, daß sie über die Auseinandersetzungen des Tages hinaus und schon jenseits des Wahltermins die Sicherung der europäischen Politik als eines ihrer Hauptziele betrachtet.

In der Tat, die Währungsschwierigkeiten zeigen deutlicher denn je, daß die europäische Einigung nur weiter gedeihen wird, wenn sich die Regierungen der sechs EWG-Staaten, möglichst in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen derjenigen Staaten, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten wollen, endlich eine solide Plattform für eine wahrhaft europäische Politik schaffen.

Zweifellos haben die Beschlüsse in Brüssel gezeigt, daß es nicht möglich ist, den europäischen Agrarmarkt losgelöst von einem immer stärker werdenden europäischen Industriemarkt als Ganzes zu erhalten. Voraussetzung hierfür würde aber nicht nur eine in Proklamationen geäußerte Europapolitik, sondern vordergründig die Abstimmung der Währungspolitik im europäischen Wirtschaftsraum sein. Wer immer noch so tut, als seien mit der Francabwertung unsere und die Währungsprobleme anderer europäischer Staaten bereits gelöst, verkennet völlig die Tatsache, daß die europäische Wirtschaft heute schon einen Grad der Verflechtung erreicht hat, den nicht einmal die kühnsten Europaträumer vor etwa 10 - 15 Jahren zu erträumen gehofft hatten. Und die Folge davon wiederum ist, daß der krampfhafteste Versuch, die Währungsprobleme im Rahmen nationalbedingter Aufgaben zu lösen, zum Scheitern verurteilt sein muß.

Am 7. und 8. September werden der französische Staatspräsident Pompidou, sein Ministerpräsident Charbonnel und andere Kabinettsmitglieder nach Bonn kommen, um hier im Rahmen der routinemäßigen stattfindenden Gipfelgespräche auf der Grundlage des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages jene Fragen zu besprechen, die vornehmlich Bonn und Paris berühren.

Dabei wird es aber nicht bleiben können.

In der gegenwärtigen Situation Westeuropas und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer geographischen Lage und ihres wirtschaftlichen Potentials entscheidend auf den weiteren Gang der Ereignisse in Europa Einfluß nehmen können, werden auch die Gespräche in Bonn mehr sein müssen als ein tête-à-tête zweier guter Freunde.

+ + +

## Frankreich vor neuen politischen und sozialen Kraftproben

### Politische, psychologische und soziale Folgen der Francabwertung

Von Georg Scheuer, Paris

Die politischen, psychologischen und sozialen Begleiterscheinungen und Folgen der Francabwertung sind jetzt bereits wichtiger als die eigentliche "technische Operation". Der Gaullismus war von 1940 bis 1968 gleichbedeutend mit trotziger Weigerung, offensichtliche Niederlagen oder Schlappen zuzugeben. Frankreichs wirtschaftliche und technische Unterlegenheit wurde "nicht zur Kenntnis genommen". Mit harter Währung und atomarer Rüstung versuchte der General den unmöglichen Wettlauf eines mittelgroßen Landes mit den Supermächten. Die dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des eigenen Volkes wurden jahrelang als "nebensächlich" zurückgestellt, bis im Mai 1968 der Donnerschlag erfolgte. Ein Massenaufstand versetzte dem Mythos schon damals einen tödlichen Stoß. Seither war der Franc ebenso wie das Regime krank.

#### Kausalkette

Die Kausalkette Mißwirtschaft-Massenstreik-Kapitalflucht führte jetzt zur unvermeidlichen Francabwertung. Je nach Stellung und Einstellung wird dieses oder jenes Kettenglied als Hauptursache der französischen Krise genannt. So unterstreicht die Opposition de Gaulles Verschwendungssucht als Ausgangspunkt, konservative Kreise nennen die Mai-streiks als Ursache, die Gewerkschaften verweisen auf den großangelegten Devisenschmuggel der Kapitalbesitzer. General de Gaulle nannte vor seinem Rücktritt unentwegt die Maistreiks nicht als Folge, sondern als Ursache der französischen Krise. Selbstkritik lehnte er ab.

Im Gegensatz dazu übt die neue Regierungsmannschaft Pompidou-Chaban immer unverblümter Kritik an de Gaulles Wirtschafts- und Finanzgebahrung der letzten Jahre.

#### Umkehr

Am wichtigsten dabei ist die schrittweise Abgrenzung der neuen Mannschaft von den Theorien, Mythen und Methoden des vorherigen Regimes. Typisch hierfür ist die von Premierminister Chaban-Delmas proklamierte Abkehr vom "Mythos des Goldenen Kalbes". Es handelt sich dabei nicht nur um eine allegorische Absage an den von General de Gaulle jahrelang genährten Glauben an den Goldstandard, sondern darüber hinaus um eine Forderung nach allgemeiner Besinnung auf nüchterne Tatsachen.

Auf der gleichen Linie liegt der Hinweis des Regierungschefs, Frankreich lebe "nicht mehr in der Zeit vor 25 Jahren" und dürfe den Anschluß an die Realität nicht versäumen. Für französische Ohren, die bis jetzt an gaullistische Selbstzufriedenheit und Eigenlob gewöhnt waren, haben Chabans Erklärungen einen aufpeitschenden Klang. Die Kritik der neuen französischen Regierungsmannschaft an der gaullistischen Vergangenheit ist immer weniger verhohlen. Wohl vermeidet man es noch, die persönliche Verantwortung des abgedankten Präsidenten-Generals direkt beim Namen zu nennen. Der neue Kurs der französischen Außenpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik wird aber mit jedem Tag deutlicher.

#### Bruch

Im Keim war dieser Wandel schon seit Jahresbeginn vorhanden, als Pompidou seine Kandidatur "für den Fall einer Vakanz" angekündigt hat-

te und deshalb vom damaligen Herrn des Elysée eine Zeitlang nicht mehr empfangen wurde.

De Gaulles Machtverzicht erfolgte dann unter dem Druck der konservativen Kräfte um Pinay und Giscard d'Estaing, die den früheren Rothschild-Bankdirektor Georges Pompidou auf ihr Schild hoben. Die außenpolitischen, wirtschafts- und finanzpolitischen Reformpläne des französischen "Kapitalismus" spielten im Regimewechsel dieses Frühjahrs eine entscheidende Rolle. Frankreichs Währung war für General de Gaulle nicht so sehr ein finanztechnisches Problem, als vielmehr eine Frage des Prinzips und des Prestiges. Bezeichnenderweise kommt die härteste Kritik aus dem gaullistischen Lager. Die sogenannten "Linksgaullisten" bezeichnen die Francabwertung in diesem August 1969 als "Verrat" an de Gaulles Idealen. Daß die Widerstände bis in die Regierung hineingehen, zeigt die Tatsache, daß von dem Geheimbeschluss nur acht Personen unterrichtet waren, nämlich Präsident Pompidou, Premierminister Chaban-Delmas, Finanzminister Giscard d'Estaing und fünf hohe Beamte. Michel Debré befindet sich nicht in diesem engsten Kreis, obwohl er als früherer Premierminister, Finanzminister und Außenminister und jetziger Staatsminister mit besonderem Rang und Verteidigungsminister eigentlich dazugehören müßte. Gerade Debré hätte sich aber als strenggläubiger Gaullist dem Abwertungsplan zweifellos widersetzt und ihn möglicherweise durchkreuzt. Früher oder später könnten die Differenzen zwischen den Ministern zu einer neuen Regierungsumbildung führen.

#### Neuer Stil

Erstmalig entwickelte die Pariser Regierungsmannschaft anlässlich der Franc-Entwertung einen neuen Stil. Früher wurden Beschlüsse von solcher Tragweite "einsam" gefaßt, nämlich von de Gaulle ausschließlich und persönlich. Formal stellte der General dann bei solchen Gelegenheiten vor Bekanntgabe seines Beschlusses, allen Ministern die "Gewissensfrage". Vor versammelter Mannschaft hatte jedes Regierungsmitglied seine Meinung kundzutun, was am Endergebnis nichts änderte, für den General jedoch Hinweise auf die Vertrauenswürdigkeit seiner Mitarbeiter brachte. Dieser wurde der Beschluß nicht "einsam", sondern mindestens zu dritt gefaßt - vom Staatspräsidenten, dem Premierminister und dem Finanzminister -, den übrigen Ministern aber wochenlang geheimgelassen und erst in letzter Stunde mitgeteilt. Im Vergleich zu vorher ist dieser neue Stil also eine Mischung von "kollegial" und "autoritär".

Allerdings war die Francabwertung eine besonders heikle Operation und erforderte besondere Vorkehrungen. Es ist noch nicht abzusehen, wie weit der neue "kollegial-autoritäre" Regierungsstil auch auf andere lebenswichtige Fragen Anwendung findet.

#### Kraftprobe

Trotz offiziellem Preisstopp für die französischen Industrie- und Handelspreise "bis Mitte September" hat sich die Lohn-Preis-Spirale bereits in Bewegung gesetzt. Die Tarife für Elektrizität, Gas, Kohle und öffentliche Verkehrsmittel werden wieder erhöht. Zugleich bemüht sich die Regierung, die neue Teuerungswelle "in Schranken" zu halten. Wirtschaftler und Gewerkschaftler sind allerdings skeptisch. Die Erhöhung des gesetzlich garantierten Mindestlohnes ist beschlossene Sache. Alle übrigen Löhne und Gehälter werden mehr oder weniger folgen. Vorbeugende Gespräche zwischen dem Arbeitsministerium und den Gewerkschaften sollen den erwarteten Herbststurm dämpfen. Die Gewerkschaftsführungen beherrschen aber erfahrungsgemäß durchaus nicht die eigenwillige Masse der französischen Arbeitnehmer. Mit bemerkenswertem Klarblick und Mut erklärte Premierminister Chaban-Delmas in einem seiner Kommentare zur Geldabwertung, "Krisen" seien nunmehr unvermeidlich. Gemeint sind damit nicht nur neue Sozialkrisen, sondern politische Kraftproben ersten Ranges.

### Namen und Schicksale

Was wurde aus den Reformpolitikern in der Tschechoslowakei

Schon lange vor Beginn der gegenwärtigen Säuberungsaktion gegen die Reformer in der Partei und bei den Massenmedien waren prominente Vertreter des letztjährigen Reformkurses ohne viel Aufhebens in die Emigration gegangen.

Zu ihnen zählt der frühere Chef des Tschechoslowakischen Rundfunks **Bedenek Hejzlar**, der weitgehend für die Organisation der Geheimseher zuständig war, die nach dem 21. August 1968 so überaus erfolgreich tätig waren. Hejzlar, ein Alt-Kommunist, der in den frühen fünfziger Jahren Sekretär des KP-Jugendverbandes war, wurde bereits vier Wochen nach der Invasion entlassen und an die Tschechoslowakische Botschaft in Wien abgeschoben, wo er der Kulturabteilung zugeteilt wurde. Gegenwärtig ist er Erster Sekretär der Botschaft.

Sein Partner beim "Rundfunk-Wunder", der Direktor des Tschechoslowakischen Fernsehens, **Jiri Pelikan**, verlor ebenfalls nach der Invasion seinen Posten. Er gehört jetzt zum Stab der Botschaft der CSSR in Rom.

Trotz ihrer Entlassung gehören beide nach wie vor dem Prager Parlament an und nehmen auch an seinen Sitzungen teil. Bisher sind sie auch immer noch Mitglieder der Partei.

Einer der bekanntesten Vertreter des Reformkurses, der frühere Außenminister **Jiri Hajek**, der sich vor der UNO-Vollversammlung gegen die Invasion wandte und wenige Wochen darauf seines Amtes enthoben wurde, ist gleichfalls noch immer Abgeordneter. Nach seiner Entlassung übernahm Hajek einen Posten am Historischen Institut in Prag. Nach wie vor reist er auch noch jeden Montagmorgen nach Genf, wo er am "Institut für Internationale Studien" Vorlesungen hält; nachmittags läßt er sein Seminar ab.

Hajek ist auch noch KP-Mitglied. Vor kurzem beschloß die Partei jedoch die Berufung einer Kommission, die die Tätigkeit der Regierungsmitglieder überprüfen soll, die sich zum Zeitpunkt der Invasion im Ausland befanden. Hajek sowie der einstige stellvertretende Ministerpräsident **Ota Sik**, der jetzt seinen Sitz im ZK verlor, befanden sich beide auf Urlaub in Jugoslawien, als die Invasion stattfand. Hajek kehrte am 6. September nach Prag zurück nach seiner Rede vor der UNO.

Sik, der als Schöpfer der geplanten Wirtschaftsreform der CSSR gilt, ist als Dozent an der Universität Basel tätig. Auf der ZK-Sitzung vom 30. Mai 1969 empfahl eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz **Francisek Sorma** den Ausschluß des Wirtschaftsreformers **Ota Sik** aus dem ZK.

Der frühere tschechoslowakische Innenminister **Josef Pavel** (81) wurde bereits 10 Tage nach dem 21. August 1968 entlassen. Er lebt zurückgezogen in Prag. Kürzlich wurde er von Parteimitgliedern des Innenministeriums scharf kritisiert, das zudem eine Verlautbarung annullierte, in der Pavel anlässlich seiner Entlassung Unterstützung zugesichert worden war. Für Pavel bedeuten solche Attacken indes nichts Neues. 1951 war er wegen angeblicher Agententätigkeit für den Westen zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, 1955 aber schon wieder entlassen worden.

Dr. Frantisek Kriegel (österreichisch-polnischer Herkunft, geb. in Stanislawow/Polen) lebt gleichfalls zurückgezogen in Prag und ist Arzt an einem Krankenhaus. Kriegel wurde von den Sowjets am ersten Invasionstag gefangengenommen und erst auf Drängen Svobodas nach Moskau gebracht, um an den Verhandlungen mit Breschnew teilnehmen zu können. Kriegel wurde Ende Mai aus der Partei ausgestoßen, nachdem er sich nicht nur geweigert hatte, seinen progressiven Auffassungen zu entsagen, sondern sich sogar gegen seine Gegner gewandt hatte und scharfe Kritik an der herrschenden Situation übte.

Josef Spacek, bis vor kurzem Parteichef von Südmähren und Präsidiumsmitglied, mußte als ZK-Sekretär abtreten, doch empfahl das Plenum, ihn zum Sekretär des Zentralkomitees der Nationalen Front zu wählen. Gleichfalls als ZK-Sekretär hatte Vaclav Slavik zurückzutreten. Frantisek Vodsohn, der zusammen mit Kriegel am 18. Oktober 1968 in der Nationalversammlung eine Entschließung des Parteipräsidiums und des Klubs kommunistischer Abgeordneter (über die Billigung der tschechoslowakisch-sowjetischen Truppenregelung) abgelehnt hatte, wurde ebenfalls aus dem ZK ausgeschlossen. Das gleiche Schicksal traf Karel Kosik, Frantisek Pavlicek und Karel Pavlistik, die im Frühsommer 1968 das berühmte Manifest der "2 000 Worte" unterschrieben hatten.

Generalarbeit Vaclav Prochlik (51), der frühere Chef der militärpolitischen Abteilung und überzeugter Anhänger des früheren Parteichefs Dubcek, war im Juli 1968 entlassen worden, nachdem er für eine Revision des Warschauer Paktes eingetreten war. Er ist jetzt am Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften Prag tätig. Im Mai d.J. verfügte das ZK die Einsetzung einer Sonderkommission zur Überprüfung seiner Tätigkeit und der des Direktors der Parteschule, Dr. Milan Huebl. Nach letzten Berichten wurde beide - Huebl und Prochlik - aus ihren jetzigen Posten entlassen.

Am 27. Mai verkündete Staatspräsident L. Svoboda eine Amnestie für diejenigen Tschechen und Slowaken, die nach den "100 Tagen" im August 1968 ohne Erlaubnis im Ausland geblieben oder weiterhin geblieben sind. Die Amnestie gilt für Bürger der CSSR, die nach dem 3. Mai 1968 ausgereist sind und bis zum 15. September 1969 zurückkehren. Parteimitglieder befinden sich jedoch in einer etwas anderen Lage. Milos Jakes (konservativer Funktionär), Vorsitzender der zentralen Kontroll- und Prüfungskommission der Partei, erklärte am 31. Mai 1969, daß nach dem August ausgereiste und am 1. Mai 1969 noch nicht zurückgekehrte Parteimitglieder zumindest aus der Partei ausgeschlossen werden. Er bezifferte die Zahl der emigrierten Parteimitglieder auf rund 1 000.

Bis zum 21. August 1968 betrug der Mitgliederbestand der KPC rund 1,6 Millionen (slowakische Mitglieder 330 000). Der Mitgliederbestand im tschechischen Landesteil hat sich nach der Invasion stark vermindert. Politische Beobachter schätzen, daß es das erste Mal in der Geschichte der tschechischen KP mehr Mitglieder aus der Slowakei als aus Böhmen und Mähren gibt (leider fehlen zuverlässige Zahlenangaben).

Mit großer Besorgnis blickt die tschechoslowakische Bevölkerung in die Zukunft; man befürchtet eine konsequente Rückkehr zur "Novotny-Ära", zur Wiederkehr der politischen Prozesse.

## "Stein für Stein" - Die Geschichte einer Gewerkschaft

---

Zu einem Buch von Karl Anders

G.P. - Karl Anders hat ein Buch geschrieben, das auch in späteren Jahrzehnten noch genauso wertvoll sein wird wie jetzt: Es trägt den Titel "Stein für Stein" mit dem Untertitel "Die Leute von Bau-Stein-Erden und ihre Gewerkschaften 1869 bis 1969" und ist im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, erschienen.

Karl Anders hat ein sicheres Gespür für die Beschreibung dessen, was im vergangenen Jahrhundert dem politischen und sozialen Fortschritt Richtung und Kontur gab. Er begreift seine Arbeit nicht als "späte" Geschichtsbeschreibung, wie er es in jenen Sätzen formuliert hat, die er einem anderen vielgelesenen Buch aus seiner Feder voranstellte, nämlich seinem Beitrag zur Geschichte einer demokratischen Partei, der unter dem Titel "Die ersten hundert Jahre" im Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger herausgekommen ist. Zweifellos hat es den Autor gereizt, zum hundertjährigen Jubiläum einer Gewerkschaft in deren hundertjähriger Organisationsgeschichte jene historischen Ereignisse zu entdecken - und für den Leser wieder lebendig werden zu lassen -, die den langen Weg vom ersten ins zweite Jahrhundert markieren. So gesehen, sind hundert Jahre Organisationsgeschichte zugleich ein wichtiges Stück Gewerkschaftsgeschichte, die ja aus der Geschichte politischer und sozialer Ideen nicht fortzudenken ist.

Rudolf Sperner schrieb in einem Wort voraus: "In hundert Jahren haben sich Verhältnisse und Umstände grundlegend verändert. Etwas ist geblieben: die Form der 'organisierten Solidarität', die Gewerkschaft. Die Männer, die sie schufen, nahmen den gemeinsamen Kampf um eine bessere Welt auf. Wir führen ihn weiter. Dieses Buch gibt darüber Aufschluß."

Karl Anders faßt sein Buch auch nicht als wissenschaftliches Werk; sondern als Jubiläumsband auf. Das gab er in seinem Vorwort bekannt. Dennoch ist die mit Akribie zusammengetragene Fülle interessanten Text- und Bildmaterials so sehr über den Tag hinausgreifend geordnet und kommentiert, daß weit mehr als nur ein bloßes Jubiläumsgeschenk entstanden ist. Hier liegt ein Werk vor, das Bewahrenswertes bewahrt, Vergessenes wieder gegenwärtig werden läßt und nachfolgende Generationen lehren kann, im Detail das Ganze zu erkennen, ohne Gefahr zu laufen, über dem Ganzen das Detail falsch einzuschätzen.

"Stein für Stein" - das Übrigens auch graphisch und drucktechnisch so hervorragend gestaltet wurde, daß es eine bibliophile Kostbarkeit ist - bleibt gewiß für lange Zeit eine reiche Quelle, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die in der Gewerkschaftsgeschichte Antwort auf die Frage nach dem Sinn des hundertjährigen Kampfes und Anregung für Gegenwart und Zukunft suchen.